



ZEIT-gemässer Journalismus? Von Joe Biden zu Otto von Bismarck

1. Werbung

Wir alle kennen die kostenlosen Anzeigebblätter, die unsere Briefkästen regelmässig verstopfen. Die Zielsetzung dieser Blätter ist eindeutig: Anzeigen werden akquiriert und gedruckt, und der mehr oder minder umfangreiche redaktionelle Teil soll nur einen Anreiz bieten, das Blatt überhaupt durchzublätern. Verständlich, dass die dort publizierten Texte normalerweise bestrebt sind, ein günstiges "Anzeigenumfeld" zu schaffen. Somit sind solche Blätter naturgemäss kein Hort für "Systemkritik", und dies wird auch von niemandem erwartet.

Auf der anderen Seite gibt es immer noch die traditionellen Zeitungen, die im Abo oder eben am Zeitungsstand für Geld erworben werden müssen, und von denen man - gerade auch im Sinne der "vierten Gewalt" - seriöse Berichterstattung und, wo nötig, fundierte Kritik geradezu erwartet.

Insbesondere die grossen überregionalen Zeitungen wie Süddeutsche oder Frankfurter Allgemeine weisen gerne auf diese ihre gesellschaftliche Funktion hin. Auch jene Zeitung, von der ich vor einigen Tagen für mittlerweile stolze EUR 5,70 ein Exemplar erworben habe, beschwört nicht selten ihre gesellschaftliche Verantwortung, und verweist mit Stolz oft auf die von ihren Redakteuren eingeholten Auszeichnungen. Die Rede ist von der Wochenzeitung "**Die ZEIT**", die lange Zeit mein "Stammbblatt" war, bis ich eines Tages das Abo aufkündigte. Nunmehr bin ich also nur sporadischer Leser.

2. Ein Kandidat

Diese Ausgabe der ZEIT vom 30. Juli 2020 könnte man aber ebenfalls mit einigem Recht auch als "Werbeblättchen" titulieren. Das fängt mit dem Artikel von Alice Bota auf der Titelseite an, der recht unverfroren Werbung für den Streamingdienst Netflix macht (weil er angeblich "*autoritären Staaten gefährlich*" werden könne). Auf Seite 7 wird unter dem schmissigen Titel "*Vernetzung gefährdet*" einmal mehr für die Voll-Digitalisierung unserer Schulen getrommelt, offenkundig zum Frommen und Nutzen der IT-Industrie.

Die Krone ist aber das auf Seite 1 unter dem Titel "**Der bessere Amerikaner**" angekündigte

"Dossier" über **Joe Biden**, den Präsidentschaftsbewerber der US-Demokratischen Partei. Mit dem Untertitel "*Jetzt oder nie*" versehen, trägt da eine Kerstin Kohlenberg allerlei Statements von "Wegbegleitern" zusammen, die ebensogut als Werbebroschüre für den Kandidaten Biden durchgehen könnte. Und die Motivation wird auch in einem der ersten Absätze klargestellt: Weil das Material das "*Porträt eines Mannes, der ... die Sehnsucht der Amerikaner nach **Anstand verkörpern***" ergäbe.

Und am Schluss macht Frau Kohlenberg auch deutlich, was sie als genügende Voraussetzung für das Bekleiden des höchsten Staatsamtes der USA hält: ein "*Mann der Mitte*" zu sein, der "*immer von allen gemocht werden wollte*". Zu dem Thema ätzte einst Franz Josef Strauss wie folgt: "*Wer 'everybody's darling' sein will, wird schnell als 'everybody's Depp' enden!*"

Gab es da nicht einmal höhere Ansprüche? Waren nicht zahlreiche US-Präsidenten, wie umstritten ihre Amtsführung auch gesehen wurde, doch als hoch-intelligent angesehen - etwa die beiden Roosevelts, Kennedy, sein Nachfolger Johnson, oder auch Carter und Obama? Eine Versammlung von "*the best and the brightest*" zu sein wurde gar dem Kabinett Kennedy nachgesagt. Was mag man da von einem Kabinett Biden zu erwarten haben?

Immerhin gibt auch Frau Kohlenberg zu, dass Biden in seiner langen Washingtoner Karriere nie etwas Originäres beigetragen habe, im Gegenteil sogar gelegentlich bei Reden plagiatorisch tätig war. Aber das geht unter in einem steten Erzählfluss über den "Menschen wie du und ich" Biden und seine familiären Schicksalsschläge.

3. Gesucht: ein neuer Dick Cheney

Spät im Artikel geht Frau Kohlenberg auch auf die BURISMA-Affäre von Bidens Sohn Hunter ein. Es gibt ein Video von einer Veranstaltung des einflussreichen "Council on Foreign Relations" (siehe www.youtube.com), in welchem sich Joe Biden damit brüstet, als damaliger Vizepräsident mit dem angedrohten Entzug von US-Geldern dafür gesorgt zu haben, dass ein ihm missliebiger ukrainischer Staatsanwalt von der dortigen Regierung entlassen wurde. Hintergrund waren die Ermittlungen, die jener Staatsanwalt zur Tätigkeit Hunter Bidens bei besagtem Energiekonzern angestrengt hatte.

Das ist nicht nur ein klarer Fall von Nepotismus, sondern auch von erpresserischem Umgang mit (angeblich) "befreundeten" Regierungen. Für Frau Kohlenberg geht es da nur um einen "*obskuren wie wohlbezahlten Posten*", den Hunter Biden da innehatte. Kunstvoll eingeleitet ist dieser Satz mit der Formulierung "*Man könnte auch meinen, es schade ihm [Joe Biden]...*" - so bleibt alles schön im Ungefähren.

Ein wenig konkreter wird es da bei den sprachlichen Fehlleistungen des mittlerweile 77-jährigen Mr. Biden. Es werden sogar zwei Beispiele zitiert, aber wohlweislich damit eingeleitet, "*dass Joe*

*Biden gerne mal ein peinlicher **Versprecher** herausrutscht, wenn die Mikrofone auf ihn gerichtet sind*". Und ist es nicht sympathisch, wenn sich Joe Biden einmal selbstironisch als "*Fettnapf-Maschine*" bezeichnet hat? Allerdings deuten immer mehr Amerikaner diese "gaffes" nicht als harmlose Versprecher, sondern als Zeichen einer beginnenden Demenz-Erkrankung. Jedenfalls schien eine Caitlin Johnstone keine Schwierigkeiten zu haben, dutzendweise Aufzeichnungen von Biden-Auftritten zu sammeln, die auf weit Ernsteres als "Versprecher" hinweisen:

<https://consortiumnews.com>

Wenn man von der Demenz-Hypothese ausgeht, erscheinen die sich seit Joe Bidens Rückzug auf sein Home- und TV-Office stetig verbessernden Umfragewerte weniger "erstaunlich": Weniger öffentliche Auftritte bedeuten weniger Gelegenheiten für Aussetzer. Und eine vom heimischen, zum halbprofessionellen TV-Studio ausgebauten Büro betriebene Kampagne ist viel besser steuer- und kontrollierbar als es das ohne Corona übliche Mammut-Wahlkampfprogramm wäre. Wenn hier ein "glitch" oder "gaffe" passiert, macht man einfach einen neuen "take". Und die Berater (oder Betreuer?) haben ausreichend Zeit, mit dem Kandidaten alles intensiv zu üben.

Stellt sich aber die Frage, was aus dem so "gepimpten" Kandidaten Biden wird, wenn er tatsächlich zum US-Präsidenten gewählt werden würde? Hätten wir dann ein Kabinett aus "handlern", die ihrem nominellen Chef beständig einflüstern müssen, wo es lang geht? Möglicherweise wieder mit einem De-facto-Schattenpräsidenten, der wie einst **Richard Cheney** unter George W. Bush dann die eigentlichen Richtlinien der Politik bestimmt? Oder würde Biden, in einer letzten Anstrengung des Eigensinns, dafür sorgen, dass sein Kabinett aus so mediokren Leuten besteht, dass niemand ihm die Show stehlen kann? So oder so scheint keine Hoffnung auf eine Neuauflage von "*the best and the brightest*" zu bestehen.

Aber all das sind Frau Kohlenberg keine tieferen Überlegungen wert, schliesslich geht es darum, den "*anständigen*", den "*besseren Amerikaner*" zu promoten.

4. Transatlantischer Kniefall?

Der verstorbene Journalist Hanns Joachim Friedrichs hat einmal den Satz geprägt, dass sich ein Journalist mit keiner Sache gemein machen solle, auch nicht mit einer guten. Damit kann man übereinstimmen oder nicht, aber dass ein gehöriges Mass an **Abstand zum jeweiligen Objekt der Reportage** Voraussetzung für sinnvollen Journalismus ist, dürfte unbestritten sein. Und dieser Abstand, das muss man diesem "Dossier" vorhalten, ist ganz klar nicht gegeben, stattdessen finden wir einen kaum noch von einer Wahlkampfbroschüre unterscheidbaren Text vor.

Unklar ist, warum die Autorin oder eben die ZEIT sich derart auf die Unterstützung eines Kandidaten festlegt. Hofft man wirklich, damit das "schlimmere Übel" namens Trump im zweiten

Anlauf verhindern zu können? Entweder überschätzt man da den eigenen Einfluss auf die US-Wählerschaft gewaltig, oder aber es geht um ganz anderes. Vielleicht soll auch hiermit wieder "*ein Zeichen gesetzt*" werden, und zwar gegenüber dem "**deep state**" der USA, dass die ZEIT auch in Zukunft verlässlich auf der "richtigen", der neo-liberalen und interventionistischen Seite stehen werde.

5. Wochenblatt-Lektüre

Ist nun deshalb die Lektüre der ZEIT gänzlich verschwendete Zeit? So weit würde ich nicht gehen. Ebenfalls auf Seite 1 findet man beispielsweise einen recht vernünftigen Artikel von Jan Schweizer zur offenbar nur sehr spät entwickelten (oder überhaupt fehlenden?) Strategie der Regierung im Hinblick auf Urlaubs-Heimkehrer und die mögliche erneute Einschleppung des Coronavirus.

Und im Feuilleton findet man auf Seite 45 einen erhellenden Artikel zu "Geld und Gier", allerdings von einem Gastautor (Dieter Thoma).

Freilich werden diese positiven Texte mühelos von dem "ausgeglichen", was da in der Rubrik "Entdecken" unter dem knalligen Titel "**Bismarck oder Haftbefehl**" abgeliefert wird. Denn hier ist der Abstand sogar schon physisch auf ein Minimum reduziert worden, denn der Untertitel informiert uns: "*Dmitrij Kapitelman [der Autor] ist mit ihm [dem "Aktivisten"-Studenten] losgezogen, um die Menschen, die dort wohnen, von seiner Idee zu überzeugen.*"

Die Idee, die der studentische "Aktivist" namens Sauer da hat, liegt voll im Trend: Die Bismarckstrasse in Offenbach soll, das ist der Inhalt der von ihm initiierten "open petition", umbenannt werden nach einem unter dem Künstlernamen "*Haftbefehl*" auftretenden Offenbacher "Gangsta"-Rapper. Und natürlich muss der Name Bismarck weg, weil der Namensgeber "*Afrika kolonialisiert und somit millionenfaches Leid mitverantwortet habe*".

6. Don Quijote in Offenbach?

Über die Sinnhaftigkeit solcher modernen (oder modischen?) Umbenennungswünsche will ich hier gar nicht weiter ausführen *1. Interessant ist hier vielmehr, dass das Gespann aus Journalist und "Aktivist" eben **gemeinsam** loszieht und Anwohner der Strasse scheinbar zufällig auf ihr Projekt anspricht. Dabei werden die interviewten Bürger geschickt in eine Position gedrängt, wo sie - natürlich eher unbeholfen - Bismarck oder die deutsche Kolonialpolitik des Kaiserreichs, oder auch schlicht ihren Unwillen zur Namensänderung, zu rechtfertigen versuchen. Und das Vergnügen des Autors, diese Bemühungen "decouvrieren" zu können, ist denn auch aus fast jedem Satz herauszuhören.

Und eigentlich müsste ja zuerst einmal der studentische Aktivist erklären, warum er den Offenbacher Rapper unbedingt unter seinem Künstlernamen "*Haftbefehl*" und nicht unter seinem bürgerlichen Namen *Aykut Anhan* ehren will. Es ist ja gar nicht so unwahrscheinlich, dass jener kurdischstämmige Musiker im Rahmen seiner künstlerischen Entwicklung den Namen "*Haftbefehl*" demnächst ablegt und sich z.B. "*Generalamnestie*" nennt. Müsste man dann nicht, schon zum Schutze der Persönlichkeitsrechte dieses Herren, dann auch schleunigst die Strasse wieder umbenennen?

Vermuten kann man, dass es dem Aktivisten gar nicht um die Ehrung des so geschäftstüchtigen Musikers geht, sondern darum, die betroffenen Bürger billig zu provozieren - die Vorstellung, dass dann jemand sagen muss "*ich wohne in der Haftbefehlstrasse*" ist wohl einfach zu schön. Vielleicht träumt er auch von weitergehenden Änderungen im Offenbacher Stadtplan - dann könnte eine Wegbeschreibung zukünftig vielleicht so lauten: "Fahren Sie auf der Haftbefehl bis zur zweiten Ampel, biegen Sie dann links in die Todesschlägerstrasse *2, und dann kommt nach 200 Metern rechts der Schlampenweg *2".

Zwar wird der Akademiker Sauer im Artikel u.a. sagen: "*Es geht um postkoloniale Geschichtsreflexion. Um deutsche Verbrechen*". Näher kommt man der wahren Intentionen bei einer anderen, zackig daherkommenden Begründung Sauers, warum der Name "Bismarck" weg muss: "*Sichtbarkeit. Signal. Symbol.*" Da ist es wieder, das in letzter Zeit so beliebte "**Zeichen setzen**". Aber es ist zuallererst ein Zeichen für den Aktivist selbst, für das, was man im Englischen "virtue signaling" nennt: Seht her, wie unerschrocken ich gegen böse Leute wie Bismarck und für unterdrückte Völker in Afrika kämpfe!

Der Kampf gegen den "Kolonialisten Bismarck" *3 ist freilich ebenso absurd wie Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen, denn der Eiserne Kanzler ist ja schon über 100 Jahre tot. Und es gibt auch nirgendwo mehr Staaten, die nach einem klassischen Kolonialreich streben würden. Wenn der Aktivist ernsthaft ein Signal für die unterdrückten Völker in Afrika setzen wollte, müsste er viel eher die Umbenennung des Offenbacher **Europaplatzes** in z.B. "**Platz des Neo-Kolonialismus**" anstreben. Denn mit den sogenannten EPAs *4 die "unsere" EU-Kommission da zahlreichen afrikanischen Staaten aufgenötigt hat, wird genau diese neo-koloniale Ausbeutung zementiert.

Sicher wird der intelligente Student Sauer die Chancen für eine erfolgreiche Umbenennung realistischweise sehr gering einschätzen. Aber um eine reale Änderung geht es eben auch nicht: Das eigene Facebookprofil wird aufgehübscht, und die Followerzahlen des eigenen Twitter-Feeds gesteigert *5.

7. Grüne und Libertäre

Abstand zu den Objekten ihrer Berichterstattung will die ZEIT also, zumindest wenn die "Haltung" stimmt, nicht mehr üben, sondern nimmt teils recht eindeutig Partei (für US-Kandidat Biden) oder wird gleich selbst zum Aktivisten-Mitstreiter (in Offenbach).

Dies ist leider ein weiteres Symptom für den **journalistischen Niedergang auch einst führender Blätter**. Dabei hätte es ja durchaus auch Alternativen gegeben: Im Falle des US-Präsidentschaftswahlkampfes hätte man ja einmal über andere als die Kandidaten von "Republikanern" und "Demokraten" berichten können, also etwa über **Howie Hawkins** von den **US-Grünen** oder **Jo Jorgenson** von der "**Libertarian Party**" *6. Und dabei hätte man auch über die Sinnhaftigkeit eines de-facto Zweiparteien-Systems und eines mittlerweile aberwitzig teuren Wahlkampfes (der dadurch alle anderen Kandidaten chancenlos macht) referieren können. So werden in den USA mittlerweile regelmässig **über 2 Milliarden Dollar** dafür ausgegeben - das ist mehr als der gesamte Staatshaushalt von Haiti oder Niger!

Und im Falle der Offenbacher Umbenennungspetition hätte sicher ein Blick in die örtliche Zeitung schnell eine Reihe drängenderer Probleme in den Fokus gebracht.

8. Von Truman zu Biden

In diesen Tagen jähren sich zum 75. Male die **Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki**. Und noch immer wird in einigen aus diesem Anlass gesendeten TV-Dokumentationen die Lüge wiederholt, dass die Abwürfe "*im Endeffekt Leben gerettet*" hätten, weil so eine verlustreiche Invasion der japanischen Hauptinseln hätte vermieden werden können.

Schon in seinem 1958 erschienenen Buch "Heller als tausend Sonnen" hatte Robert Jungk, noch als Frage formuliert, den Verdacht geäußert, dass diese Formel die wahren Absichten verschleiern sollte: "Kann es sein, dass die Toten von Hiroshima und Nagasaki nicht die letzten Opfer des zweiten Weltkriegs, sondern die ersten Opfer des kalten Kriegs waren?" *7.

Mittlerweile kann als sicher angenommen werden, dass die Abwürfe vor allen Dingen zur Einschüchterung oder eben Abschreckung der sich aus der Krise des Weltkrieges zur zweiten Weltmacht entwickelnden Sowjetunion ausgeführt wurden. Als Mittel zur Beendigung des Krieges im Pazifik waren sie unnötig, wie schon jene Minderheit von US-Atomwissenschaftlern erkannt hatte, die noch im Sommer 1945 vor dem Einsatz "ihrer" Waffe warnten *8.

Fast acht Jahrzehnte später wirkt die ZEIT allzuoft an der **Verbreitung neuer Lügen** mit: Vergleichsweise harmlose wie die zur angeblichen Notwendigkeit privater Rentenvorsorge und ernstere wie etwa die "WMD-Beweise" der Bush-Regierung zur Rechtfertigung des letzten US-Irak-Krieges. Oder eben wie hier an der Verbreitung der Mär vom harmlosen Onkel Biden, der gelegentlich über seine lose Zunge stolpere.

Es gibt mittlerweile in den USA eine unter dem etwas resignativen Slogan "**Settle for Biden.**" *9

auftretende Kampagne, welche die "Linken" oder "Liberalen" auffordert - trotz aller Vorhalte - nunmehr den Kandidaten Biden als "das geringere von zwei Übeln" ("*lesser of two evils*") zu wählen. Tatsächlich fehlt mir die Einfühlungskraft, um zu entscheiden, ob für einen US-Wähler so eine Wahl-"Strategie" vielleicht doch angesagt sein könnte.

Dass für eine deutsche Zeitung, die den Anspruch erhebt (oder erheben sollte), ihre Leserschaft über die politischen Vorgänge in den USA zu informieren, ein solcher Pamphlet-Artikel wie der von Frau Kohlenberg eine Schande ist, wage ich aber zu behaupten.

(Juli+August 2020)

*1 Zu diesen Themen hatte ich u.A schon [hier](#) und [hier](#) Stellung genommen.

*2 "Todesschläger" und "Schlampen" sind nur zwei der *harmloseren* Wörter, mit denen der Rapper "Haftbefehl" seine Liedtexte anreichert.

*3 Bismarcks Rolle in der (vergleichsweise kurzen) Periode deutscher Kolonialpolitik sahen Historiker wie R. Schmidt und S.Hafner eher als Bremser denn als Förderer derselben.

*4 Die EPAs oder "European Partnership Agreements" sind, entgegen ihrem euphemistischen Namen, von der EU durchgesetzte Abkommen, die vor allem eine Öffnung dieser Länder für EU-Produkte erzwingen. Auf die schädlichen "Nebenwirkungen" dieser Abkommen hat z.B. OXFAM schon 2006 hingewiesen:
https://www.oxfam.de/system/files/20060901_ungleichpartner_291kb.pdf

*5 Ob Student Sauer eine eigene Facebook-Seite bzw. Twitter-Feed hat, habe ich nicht überprüft. Der Aspekt der narzisstischen Selbstüberhöhung bleibt aber meiner Meinung nach charakteristisch für diese Art Aktionismus.

*6 Beim grossen Wohlwollen, welches die ZEIT den deutschen GRÜNEN angedeihen lässt, verwundert es schon, dass man über die US-"Schwesterpartei" nun so gar nicht berichten mag - dies war auch **2016** schon so, als mit Jill Stein (hier die entsprechende [Wikipedia](#)-Info) ebenfalls eine grüne Präsidentschaftskandidatin bereitstand. Gleichfalls im Orkus des medialen Totschweigens befinden sich die US-"Libertären", obwohl diese eigentlich genuin amerikanische Philosophien umsetzen wollen. Von einem europäischen Standpunkt aus interessant an den von dieser Gruppe vertretenen Positionen ist der entschiedene Non-Interventionismus, der uns solche Tragödien wie Afghanistan, Irak, Lybien und Syrien vielleicht erspart hätte.

*7 (aus dem Gedächtnis zitiert)

*8 Dass US-Präsident Harry S. Truman damals unter immensem Druck seitens der militärischen und wissenschaftlichen Eliten stand, die Abwürfe trotzdem durchzuführen, steht ausser Frage. Dieselben Eliten sorgten auch dafür, dass die Petition der Leute um Leo Szilard den Präsidenten nicht (bzw. nicht vor August 1945) erreichte. Sicher wäre z.B. auch nach Kriegsende die Ausgabe von Milliarden US-Dollar für eine am Ende gar nicht eingesetzte Waffe schwer zu rechtfertigen gewesen. Andererseits liess sich Truman gerne mit einem von ihm auf seinem Schreibtisch aufgestellten Schild fotografieren: "**The buck stops here!**", was mit "[Hier](#) wird entschieden!" übersetzt werden kann. Die letzte

Verantwortung, Hunderttausende Japaner um eines Abschreckungs-Exempels willen auf grausame Art getötet zu haben, bleibt also bei ihm.

*9 Im Deutschen vielleicht mit "*finde dich mit Biden ab*" oder "*trotzdem Biden wählen*" übersetzbar.



www.truthorconsequences.de

